

Bessere berufliche Chancen und mehr Selbständigkeit durch Deutschsprachkurse



Deutschsprachkenntnisse sind nicht nur der Schlüssel für eine bessere Integration, sondern auch die Voraussetzung für bessere berufliche Chancen. Aus dieser Erkenntnis heraus hat die Integrationsstelle der Stadt St.Gallen in Zusammenarbeit mit Anbieterinnen von Deutschsprachkursen, bei denen die Integration im Zentrum ihres Kurses steht, eine

Broschüre mit den aktuellen Angeboten für Deutschkurse herausgegeben.

Angesprochen sind fremdsprachige Bewohner und Bewohnerinnen, die ihre Selbständigkeit, ihre berufliche Chancen und auch die Chancen ihrer Kinder durch eine bessere Verständigung in der Schule unterstützen wollen. Das Angebot richtet sich aber auch an Arbeitgeber, welche ihre fremdsprachigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen fördern wollen. Fortschrittliche Arbeitnehmer wissen, dass durch die Förderung von Schlüsselqualifikationen Mehrwert geschaffen wird (Bsp. Sprachkompetenz), welcher sich in allen Bereichen des Unternehmens auszahlt. Da gerade in Teilzeitpensen und niederqualifizierten Hilfsarbeiterstellen viele Ausländer und Ausländerinnen tätig sind, ist es für eine erfolgreiche Integration wichtig, gerade diese Stellen in Fördermassnahmen einzubeziehen.

Interessierte Personen, Fachstellen und Firmen können die Broschüre bei der Integrationsstelle der Stadt St.Gallen kostenlos beziehen.

Kontakt: Integrationsstelle Stadt St.Gallen.
Tel: 071 224 56 99

vpod-ostschweiz bietet Praktikumsplatz an



Mein Name ist Eva Gubser, ich bin 21 Jahre jung und wohne in Arbon. Vor einem Jahr habe ich die Kantonsschule Romanshorn mit der Matura abgeschlossen.

Im vergangenen Jahr sammelte ich Erfahrungen in der Berufswelt um etwas Abstand von der Schule zu gewinnen. Nun freue ich mich auf das Studium zur

Sekundarlehrerin an der Pädagogischen Hochschule St. Gallen, das ich diesen Herbst beginnen werde. Seit August arbeite ich zu 40 Prozent als Praktikantin im Sekretariat des vpod Ostschweiz.

Fokus Regionalinfo der VPOD - Sektion Ostschweiz



Sichere Pensionskassen

Sichere Pensionskassen für die Angestellten des Kantons und die Lehrkräfte!

Seit einiger Zeit geistert die Vorstellung von grossen Änderungen bei der beruflichen Vorsorge für Kantonsangestellten und Lehrkräfte durch die Köpfe der Verantwortlichen des Kantons. Wichtigstes Stichwort ist ein Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat. Insgesamt viel Abbau und praktisch keine Verbesserungen für das Personal - so geht es nicht! Zudem stösst den Angestellten die unerhörte Abschöpfung der Gewinne aus der Vermögensverwaltung immer noch sauer auf.

Seit Monaten gibt die Abschöpfung der Gewinne aus der Verwaltung der Vermögen der Versicherungskassen des Staatspersonals der GVA und der Lehrkräfte Anlass zu massiven Unstimmigkeiten. Der Arbeitgeber Kanton hat unterdessen über 30 Mio. Franken Gewinn abgeschöpft. In der Rechnung 2001 stehen weitere 3,2 Mio. Franken auf der Vermögensverwaltung des Jahres 2000. Neben diesen Millionen gehen jährlich fast 4 Mio. Fran-

ken an den Arbeitgeber Kanton und zudem werden alle Verwaltungsaufwendungen durch die Kassen voll abgegolten! Gegen diese Praxis werden die Personalverbände des Staatspersonals vor Gericht ziehen und die abgeschöpften Millionen zurückfordern. Unterdessen wurde in der Tagespresse auch der Zeitpunkt genannt: Nachdem alle Personalverbände die erforderlichen Finanzen gesprochen haben, ist die Klage unterdessen eingereicht worden.

Zentraler Punkt: Primatswechsel

Aber nicht genug der Turbulenzen: Der Kanton will zum jetzigen Zeitpunkt die Verordnungen der Versicherungskassen revidieren. Vier Arbeitsgruppen sollen mit einem ehrgeizigen Zeitplan an die Arbeit gehen und die notwendigen Grundlagen zusammentragen, wobei die VertreterInnen der Angestellten bisher den Eindruck hatten, dass die Marschrichtung und die Vorstellungen des Arbeitgebers Kanton bereits fest und unverrückbar sind. Kernpunkt der Revision aus Sicht des Arbeitgebers ist der Wechsel vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat. Die Vertretung lehnt diesen Wechsel geschlossen ab, bringt ein solcher doch

AZB 9000 St.Gallen

Retouren: VPOD Sekretariat, Hintere Poststr. 18, 9000

Vorschau:

- **Gruppenversammlung Verkehrsbetriebe**
Donnerstag, 14. November 2002
- **Kantonales Personal**
Dienstag, 5. November 2002
- **Informationsveranstaltung für ausländische Bewohner & Bewohnerinnen der Stadt St.Gallen**
Dienstag 5. November 19 Uhr, Waaghaus-Saal, St.Gallen
 - Das neue Aufenthaltsrecht, Familiennachzug und Einreisebestimmungen
Referat: Dr.iur. Bruno Zanga, kant. Ausländeramt
 - Neue Integrationsangebote in der Stadt St.Gallen, Projektbeiträge, wichtige Adressen und zukünftige Zusammenarbeit. (ARGE & Integrationsstelle der Stadt St.Gallen)

Termine

Volksabstimmung 23. September 2002:
Nein zum Elektrizitätsmarksgesetz EMG

Ja zum Gegenvorschlag mit Solidaritätsstiftung
Ja zur Gold- Initiative
WICHTIG: Stichfrage: Gegenvorschlag mit Solidaritätsstiftung

Fortsetzung: Sichere Löhne für die Angestellten des Kanton und die Lehrkräfte

nach heutigem Wissensstand und den derzeitigen Rahmenbedingungen fast ausschliesslich Nachteile. Viele Fragen müssen beantwortet und viele Berechnungen vorgelegt werden: Kauft sich der Kanton aus der Versicherungskasse aus und gleicht so die Unterdeckung aus? Welche Leistungen können die heute Versicherten bei ihrer Pensionierung erwarten? Wie sind die Leistungen bei Invalidität oder Todesfall umschrieben? Welche Auswirkungen haben der neue, tiefere Umwandlungssatz und der voraussichtlich tiefere Verzinsungssatz im Leistungs- und im Beitragsprimat?

Verselbständigung der Versicherungskassen zuerst!

In einer gemeinsamen Strategie haben die Personalverbände bereits im Februar 2002 beschlossen, vorerst die Verselbständigung der Versicherungskassen voranzutreiben. Im Rahmen einer Vorsorgestiftung des öffentlichen Rechtes müssen die Verwaltungsgremien paritätisch besetzt werden. Damit kann sichergestellt werden, dass im Gegensatz zu heute die Entscheide paritätisch vorbereitet und gefällt werden - heute entscheidet die Regierung nach einer blossen Anhörung (!) der Verwaltungskommission. So wurde übrigens auch die Abschöpfung der Gewinne aus der Vermögensverwaltung der Pensionskassen beschlossen. Die Regierung nahm sich dabei die Rentenanstalt, die Zürich und wie sie alle heissen als Vorbild und wollte von der guten Börsensituation profitieren.

Die Verbände des Staatspersonals bleiben am Ball. Es ist aber von grosser Bedeutung, dass sich alle Versicherten bemerkbar machen und ihre Vertretungen in den Gremien zur Wahrung ihrer Interessen anhalten!

Welche Leistungen können die heute Versicherten bei ihrer Pensionierung erwarten? Beim Systemwechsel in der Pensionskasse bleiben viele Fragen offen. Betroffen sind wir vom Staatspersonal.



Sein oder nicht sein: Wie weiter mit der psychiatrischen Klinik Herisau?

In letzter Zeit verdichteten sich erneut die Gerüchte über ein Outsourcing der psychiatrischen Klinik Herisau

In letzter Zeit verdichteten sich die Gerüchte erneut drastisch über eine Schliessung, oder unverfänglicher Outsourcing, sprich Auslagerung, der Klinik.

Nach der Sanierung der beiden somatischen Spitäler Herisau und Heiden wäre jetzt die Psychiatrische Klinik an der Reihe. Das hat bei der Regierung wieder DIE Grundsatzfrage aufgeworfen: Brauchen wir eine Psychiatrische Klinik in unserem Kanton – oder ist sie zu teuer? (Oder sollte es besser heissen: Wollen wir eine KPK oder wollen wir damit nichts zu tun haben?)Und dies, obwohl die KPK innerhalb des Spitalverbundes AR die besten Zahlen schreibt.

Auslagerungspläne trotz hoher Pflegequalität, guter Auslastung und geringem Gesamtdefizit

Bei seriöser Gegenüberstellung der Patientendaten und der Jahresabschlusszahlen des Jahres 2001 werden in der KPK Herisau deutlich mehr Pflagetage erbracht als in den Spitälern Herisau und Heiden, und das bei im Vergleich geringstem Personal- und Sachaufwand und kleinstem Gesamtdefizit. Die diesjährigen Zahlen bestätigen diese Tendenz. Trotz dieser Sachlage hat der Regierungsrat einen Kredit für eine Machbarkeitsstudie gesprochen, welche die „zeitgemässe Sanierung der KPK“ einer „Verlagerung der KPK zum Kantonalen Spital Herisau“ oder einer „Auslagerung“ gegenüberstellen soll – mit dem Hintergrund, dass das Klinikareal mit der Zeit von einem abgelegenen Ort zu einem „Areal an bester Wohnlage“ geworden ist. Einem nüchternen Kosten-Nutzen-Rechner ist über Zahlen die Bedeutung dieses qualitativ vorbildlichen Lebens- und Arbeitsraumes für leidende und eingeschränkte psychisch kranke Menschen und für das sie betreuende Personal wohl nicht vermittelbar und darum nebensächlich.

Kurzfristige Perspektiven mit hohem regionalem Schaden

Die Idee der Regierung bzw. der Finanzdirektion, dieses Gelände, das dem Appenzellischen Volk für seine Kranken gestiftet wurde, zugunsten von vielleicht kurzfristig besseren „Erträgen“ und langfristig schwierig abzuschätzenden Kostenfolgen verscherbeln zu wollen, und die psychisch Kranken für längerfristige Klinikaufenthalte ausserkantonale oder in der relativen räumlichen Enge unseres Spitals in Stadtgebiet unterbringen zu wollen, zeugt von mangelnder Wertschätzung und mangelnder Kenntnis der KPK und der dahinter stehenden Menschen.

Wir fordern von der appenzellischen Regierung und vom Spitalverbund AR die Erhaltung der gesundheits- und sozialpolitisch beispielhaften und baugeschichtlich wertvollen Einrichtung - nicht nur als Zeichen der Wertschätzung gegenüber psychisch kranken Menschen und des mit ihnen arbeitenden Personals, sondern auch ganz nüchtern als Erhalt von Arbeitsplätzen und damit steuerzahlenden Einwohnern im Kanton.

Do, 3.Oktober 2002 in Herisau Überreichung der Petition „Der Kanton Appenzell braucht die psychiatrische Klinik Herisau!“

Seit vielen Jahren avanciert in unschöner Regelmässigkeit der Kostenfaktor Gesundheitswesen zum beliebten Diskussionsobjekt kantonalen Regierungsverantwortlicher in Finanznöten - und in der Kantonalen Psychiatrischen Klinik Herisau (KPK) entsteht entsprechende Verunsicherung über Sein oder Nichtsein.

Quer durch die Ostschweiz

vpod-Informationsveranstaltung zeigt Wirkung. Für die gerechte Umsetzung der neuen Besoldungsverordnung wird weitergekämpft.

Befürchtungen der ArbeitnehmerInnen informieren. Die Ablehnung des neuen Besoldungssystems wurde klar formuliert: Es bringt vor allem für ältere, langjährige Mitarbeitenden grosse Nachteile und die handwerklichen Berufe werden zurückgestuft.

Verschiedene konkrete Verbesserungsvorschläge wurden in den parlamentarischen Beratungen aufgenommen. So wurde im Bereich des neuen Besoldungssystems eine Besitzstandswahrung von 5 Jahren aufgenommen und die Betriebstreue wird bei der Ersteinreihung mit einem Bonus belohnt. Zudem wurde eine Begutachtungskommission eingesetzt. Der vpod frauenfeld ist durch Samuel Schär, Mitarbeiter der Stadtwerke, vertreten.

Unterdessen haben alle Mitarbeitenden die neue Einstufung erhalten. An einer Mitgliederversammlung wird die Sektion Frauenfeld sich einen Überblick über die Auswirkungen verschaffen und die weiteren Schritte diskutieren. Die Sektion bleibt am Ball!

Lohnentwicklung bei den privatisierten Werken

Die Mitarbeitenden der Stadtwerke Arbon treffen sich zu einer Betriebsversammlung. Sie werden die Forderungen bezüglich der Lohnentwicklung diskutieren und das Verhandlungsteam des Regionalsekretariates beauftragen. Nachdem für 2002 die Teuerung ausgeglichen und eine einmalige Bonuszahlung von Fr. 1'700.- ausgerichtet wurde, gilt es für 2003 generelle Lohnerhöhungen auszuhandeln.

Im krassen Gegensatz dazu präsentiert sich die Ausgangslage bei der Gasversorgung Romanshorn. Für 2002 gab es sicher für die „normalen“ Mitarbeitenden keinen Ausgleich der Teuerung und keine generelle oder individuelle Lohnentwicklung. Es wurde lediglich eine einmalige Prämie von Fr. 200.- ausgerichtet! Mit dem Verwaltungsrat der Gasversorgung und der Gemeinde Romanshorn konnte kein GAV abgeschlossen werden. Es besteht jedoch im Anstellungsreglement eine Regelung, die es den Mitarbeitenden erlaubt, eine gewerkschaftliche Vertretung mit den Verhandlungen zu beauftragen. Das Regionalsekretariat wird die Mitarbeitenden zu einer Betriebsversammlung einladen und die Situation besprechen.

Die beiden Beispiele zeigen deutlich: Eine im GAV fest geschriebene und starke gewerkschaftliche Vertretung bringt den Mitarbeitenden mehr Lohn und bessere Anstellungsbedingungen!

Psychiatrische Klinik Wil

Kurz vor den Sommerferien wurde bekannt, dass die Leitung der KPK Wil eine Station schliessen lässt und weitere Sparmassnahmen (beispielsweise im Bereich der Weiterbildung) beschlossen hat. Regionalsekretär Peter Hartmann brachte diese Pläne an der jährlichen Aussprache vom 12. Juni 2002 mit den Verantwortlichen des Gesundheitsdepartementes zur Sprache. In der Folge mussten einzelne Sparmassnahmen sistiert werden, da sie mittels Globalkredit direkt durch den Kanton finanziert werden.

Appenzell: Neues Personalgesetz für die kant. Angestellten AR

Schon seit einiger Zeit fordern die Verbände der kantonalen Angestellten ein verbessertes, zeitgemässes Personalgesetz. Die Angestelltenverordnung (AVO) muss deshalb dringend überarbeitet werden. Der erste Anlauf für eine Revision scheiterte 2001 im Kantonsrat. Die Verbände hatten sich gegen den Vorschlag der Regierung ausgesprochen. Die Regierung beschloss deshalb, im Rahmen des neuen Staatsverwaltungsgesetzes das Personalrecht zu regeln. Im Frühjahr 2002 wurde zu diesem Zweck eine paritätische Expertengruppe eingesetzt. Die Arbeit in der Expertengruppe war schwierig und teilweise unstrukturiert.

Der erste Vorschlag der Projektkommission wurde von der Verbändekonferenz zurückgewiesen mit der Begründung, dass er keine spürbaren Verbesserungen für das Personal enthält.

Die Verbändekonferenz schlug vor, das neue Bundespersonalgesetz, das als modernes, fortschrittliches Reglement angesehen wird, als Grundlage zu verwenden. Die Projektkommission nahm erst spät diese Idee auf und präsentierte einen Vorschlag auf dieser Grundlage an der letzten Sitzung anfangs August. Die Verbändekonferenz wies wiederum den Vorschlag mit der Begründung zurück, wichtige Anliegen des Personals seien nicht berücksichtigt worden.

Die Regierung entschied in der Folge, den personalrechtlichen Teil nicht in das Staatsverwaltungsgesetz aufzunehmen und statt dessen ein neues Personalgesetz zu schaffen. Durch diese neue Ausgangslage kann ohne Zeitdruck ein neues Personalgesetz ausgehandelt werden.

Die Expertenkommission nimmt im Herbst ihre Arbeit wieder auf und neu wird die Projektkommission erweitert durch eine Vertreterin oder Vertreter der Verbändekonferenz.

Gegensteuer Nein zum EMG

Am 22. September 2002

...werden wichtige Weichen gestellt: Wird die unselige Liberalisierung endlich gestoppt oder geht es zu Lasten der normalen BürgerInnen weiter?

Nach all den Pleiten und Pannen, die vielen Menschen Geld und Arbeitsplatz gekostet haben, gilt es jetzt Gegensteuer zu geben. Das Elektrizitätsmarktgesetz ist der nächste Versuch, Gewinne zu privatisieren und Verluste der Allgemeinheit weiter zu geben. Mit dem Aufbrechen der bewährten Strukturen im Strommarkt werden die KonsumentInnen, die KMU und die wirtschaftlich schwachen Regionen massiv unter Druck geraten. Die Versorgungssicherheit wird geschwächt und die Preisentwicklung wird ganz schnell steil nach oben zeigen. Mit zu den Verlierenden werden die Angestellten der Stromindustrie gehören: Berechnungen zeigen, dass etwa 4'000 - 6'000 der etwa 20'000 Arbeitsplätze verschwinden werden. Wohl wird es neue Arbeitsplätze geben, aber die werden in den Bereichen Werbung/Marketing und Verwaltung geschaffen. Dies nutzt den weggeputzten handwerklichen Berufen nichts!

Geben wir Gegensteuer

Alle an die Urne und NEIN zum EMG!